

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

13. Januar 2020

Ägypten

Eliyahu-Hanavi-Synagoge wieder in Betrieb

Am 10.01.20 wurde die Eliyahu-Hanavi-Synagoge in Alexandria nach dreijährigen Renovierungsarbeiten von Ägyptens Minister für Altertümer und Tourismus, Chalid al-Anani, wiedereröffnet. Die ägyptische Regierung will mit der Renovierung ein Zeichen der Toleranz setzen.

Afghanistan

Vorläufiges Wahlergebnis verkündet

Die afghanische Wahlkommission (IEC) verkündete am 22.12.19 ein vorläufiges Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 28.09.19. Hiernach habe der amtierende Präsident Mohammad Ashraf Ghani 50,64 % der abgegebenen Stimmen erlangt, sein Konkurrent Abdullah, gegenwärtig CEO der Regierung, habe 39,52 % erhalten. Gulbuddin Hekmatyar (3,85 %), Rahmatullah Nabil (1,86 %) und Faramarz Tammana (0,99 %) folgen auf den Plätzen drei bis fünf. Gemäß einer von der IEC veröffentlichten Karte gewann Ghani im Süden, Südosten und Osten (in hauptsächlich paschtunischen Gebieten) und in Kabul, während Abdullah im gesamten Norden und Nordosten (in nicht-paschtunischen und Hazara-Gebieten) die meisten Stimmen erhielt. Es liegen jedoch mehr als 4.000 Beschwerden gegen die Wahl vor, deren Bearbeitung nach Angaben der IEC weitere fünf Wochen dauern werde. Abdullah erklärte, er werde die Ergebnisse nicht akzeptieren, da auch gefälschte Stimmen gezählt worden seien. Mit einem Endergebnis ist nicht vor Mitte Februar 2020 zu rechnen.

Albanien

EU begrüßt Wahl des neuen Generalstaatsanwalts

Der EU-Botschafter in Tirana hat das Parlament zur Wahl des neuen Generalstaatsanwalts Olsian Çela im Dezember 2019 beglückwünscht. Nach Einschätzung der EU handelt es sich dabei um einen wichtigen Schritt hin zu einer effektiveren Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität.

Çela erhielt 101 der 140 Stimmen der Abgeordneten. Der 42-Jährige ist der erste auf Grundlage der laufenden Justizreformen gewählte Generalstaatsanwalt. Diese Reformen zielen unter anderem darauf ab, die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft zu stärken (vgl. BN v. 25.11.19).

Der Generalstaatsanwalt (Prokurori i Përgjithshëm) ist in Albanien die höchste Justizbehörde zur strafrechtlichen Verfolgung von Personen oder Organisationen.

Neues Mediengesetz

Gegen nationalen und internationalen Protest hat das albanische Parlament am 18.12.19 ein umstrittenes Mediengesetz verabschiedet. Dieses wird von Kritikern als Rückschritt auf dem eingeschlagenen Weg hin zu europäischen Standards bewertet.

Das wörtlich Anti-Verleumdungs-Paket (Paketa anti-shpifje) genannte Gesetzespaket eröffnet die Möglichkeit, vor allem Online-Medien stärker zu regulieren. Beispielsweise soll die albanische Medienaufsichtsbehörde künftig anordnen können, dass Medien Inhalte von ihren Webseiten entfernen

müssen, wenn diese „Unwahrheiten“ veröffentlichen. Reagiert das Medium nicht, drohen Bußgelder in Höhe von umgerechnet bis zu 6.500 Euro oder die Sperrung der jeweiligen Seite.

Algerien

Präsident Tebboune kündigt Verfassungsreform an

Am 08.01.20 teilte der Präsidentenpalast mit, dass Präsident Tebboune Experten in einem Verfassungskomitee eingesetzt und beauftragt hat, Vorschläge für eine Verfassungsänderung zu erarbeiten. Damit würde er den Forderungen der Protestbewegung entgegenkommen. Das Verfassungskomitee wird von Professor Ahmed Laraba, einem national und international anerkannten Juristen, geleitet.

Burkina Faso

Mehrere Anschläge

Am 04.01.20 detonierte in der nordwestlichen Provinz Sourou eine am Rand der Straße zwischen den Ortschaften Toeni und Tougan platzierte Bombe, als ein Bus mit Schulkindern vorbeifuhr. Durch die Explosion wurden 14 Menschen, die meisten davon Schulkinder, getötet. Der Bus gehörte zu einem Konvoi aus drei Bussen, in denen Schüler höherer Schulen aus den Weihnachtsferien zu ihren Schulen zurückkehrten.

Am Abend des 25.12.19 attackierten in der nördlichen Provinz Soum mutmaßliche Dschihadisten eine Militärpatrouille in dem Dorf Hallale. Hierbei wurden elf Soldaten und fünf Angreifer getötet.

Am 24.12.19 griffen etwa 200 schwerbewaffnete mutmaßlich islamistische Kämpfer in der nördlichen Provinz Soum die Stadt Arbinda und den in der Nähe befindlichen Militärstützpunkt an. Laut offiziellen Angaben wurden bei den intensiven und mehrere Stunden andauernden Kämpfen sieben Soldaten und Gendarmen, 35 Zivilisten und über 80 Terroristen getötet. Staatspräsident Kabore verhängte zwei Tage Staatstrauer. Der Angriff gilt als der mit den meisten Todesopfern seit Beginn islamistischer Angriffe 2015.

China

Hongkong: Proteste

Am 12.01.20 versammelten sich nach Angaben der Veranstalter (Hong Kong Civil Assembly Team) 36.000 Menschen zu einer Kundgebung im Stadtteil Central, laut Polizei waren es bis zu 3.000. Die Kundgebung habe zur Vorbereitung auf eine Demonstration am 19.01.20 gedient, mit der die internationale Gemeinschaft zu Sanktionen gegenüber China aufgerufen werden sollte, sollte die Hongkonger Regierung die Forderungen der Protestbewegung nicht erfüllen. Gefordert wird, die bislang Festgenommenen freizulassen, die Proteste nicht mehr als Unruhen zu bezeichnen, eine unabhängige Untersuchung des Verhaltens der Polizei gegenüber Demonstranten sowie die Einführung demokratischer Wahlen. Die Rücknahme eines umstrittenen Gesetzentwurfs zur Auslieferung von Straftätern, die fünfte Forderung und der ursprüngliche Auslöser der nun seit etwa sieben Monaten anhaltenden Proteste, wurde mittlerweile erfüllt.

An einer von der Civil Human Rights Front (CHRF) organisierten Demonstration nahm am 01.01.20 laut den Organisatoren mehr als eine Million Menschen teil, die Polizei ging von 60.000 Teilnehmern aus. Da es zu gewaltsamen Zwischenfällen kam, beendete die Polizei die Demonstration nach mehreren Stunden und nahm zahlreiche Personen fest.

Zwischen dem 24. und 26.12.19 sowie am 28.12.19 kam es zu Protesten u.a. in Einkaufszentren, die zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei führten. Am 22.12.19 löste die Polizei eine aus Solidarität mit den Uiguren in Xinjiang veranstaltete Demonstration auf.

Lagerhaft als Strafe für Prostitution abgeschafft

Am 29.12.19 endete die in den 1990er Jahren eingeführte Praxis der Polizei, Prostitution mit bis zu zwei Jahren Administrativhaft in Umerziehungslagern zu ahnden. Zu diesem Zeitpunkt noch Inhaftierte sollen freigelassen werden. Berichten zufolge mussten Inhaftierte in den Lagern arbeiten und u.a. Spielzeug und Haushaltswaren

anfertigen. Prostitution bleibt weiterhin illegal und kann mit bis zu 15 Tagen Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet etwa 645 Euro bestraft werden.

Haftstrafe für Pastor

Ein Gericht in Chengdu (Hauptstadt der Provinz Sichuan) verurteilte am 30.12.19 Wang Yi, den Geistlichen und Gründer der protestantischen Hauskirche Early Rain Covenant Church, wegen Anstiftung zur Untergrabung der Staatsmacht und Betreibens illegaler Geschäfte zu neun Jahren Haft. Er war zusammen mit seiner Frau Jiang Rong und Dutzenden Mitgliedern der staatlich nicht anerkannten Kirche im Dezember 2018 festgenommen worden. Die meisten wurden mittlerweile freigelassen. Wang war u.a. als Menschenrechtsanwalt aktiv und setzte sich für Religionsfreiheit ein.

Guinea-Bissau

Oppositionsführer gewinnt Präsidentschaftswahl

Umaro Sissoco Embaló hat die Präsidentschaftswahl für sich entschieden. In der Stichwahl vom 29.12.19 erhielt der ehemalige Regierungschef Angaben der Nationalen Wahlkommission zufolge 53,5 % der Stimmen. Domingos Simoes Pereira, der Chef der Unabhängigkeitspartei PAIGC und ebenfalls ehemaliger Regierungschef, kam auf rund 46,5 %. Die erste Runde der Wahl hatte Pereira deutlich vor Embaló gewonnen. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 72 %. Pereira sprach nach der Bekanntgabe der Ergebnisse von Wahlbetrug und will das Ergebnis anfechten.

Indien

Fortsetzung der Proteste gegen Staatsangehörigkeitsgesetz

Im Dezember 2019 setzten sich Massenproteste gegen das neue Staatsbürgerschaftsgesetz fort (vgl. BN v. 16.12.19) und gingen im neuen Jahr in kleineren Dimensionen weiter. Laut Medienberichten forderten die Proteste bislang mindestens 25 Todesopfer.

Der jüngste größere Protest mit 30.000 Teilnehmern fand am 11.01.20 während des Besuchs von Premierminister Narendra Modi im östlichen Kolkata (Westbengalen) statt.

Landesweite Proteste gegen Privatisierungen

Am 08.01.20 protestierten Millionen Arbeitnehmer mit landesweiten Streiks, Märschen und Kundgebungen in den größten indischen Städten gegen die Pläne der Regierung zur Liberalisierung der Wirtschaftspolitik und des Teilverkaufs von Staatsunternehmen. Zum Streik hatten die größten Gewerkschaften des Landes aufgerufen. In den Bundesstaaten Assam und Punjab blockierten Demonstranten Straßen und Schienenwege.

Kaschmir: Oberster Gerichtshof zur Internetsperrung

Am 10.01.20 befand der Oberste Gerichtshof in Indien, dass die seit 05.08.19 andauernde Internetsperrung in Kaschmir Grundrechte der dort lebenden Bevölkerung verletzt. Der Zugang zum Internet sei wie die Pressefreiheit ein aus Artikel 19 der indischen Verfassung abgeleitetes Freiheitsrecht. Die Regierung hat nun eine Woche Zeit, um den Zugang zum Internet zumindest teilweise wiederherzustellen. Kritiker bezweifeln die Umsetzung. In wenigen Städten Kaschmirs existieren vereinzelt von der Regierung betriebene Internetcafés.

Irak

Gewaltsames Vorgehen gegen Regierungskritiker und Demonstranten

Am 10.01.20 fanden in Bagdad und anderen Städten im Südirak große Kundgebungen anlässlich des 100. Protesttages statt.

Am 10.01.20 wurden der Journalist Ahmed Abdul Samad und sein Kameramann Safaa Ghali von Unbekannten in Basra erschossen. Samad hatte zuvor von den Protesten berichtet. Reporter ohne Grenzen zufolge wurden seit Beginn der Proteste sechs Journalisten von Unbekannten getötet (vgl. BN v. 02.12.19).

Lokale Medien berichteten, dass 166 Aktivisten zwischen dem 01.10.19 und dem 28.12.19 entführt oder verschwunden seien. Die Irakische Hohe Menschenrechtskommission (IHCHR) geht von 68 entführten oder verschwundenen Personen aus und dokumentierte 33 gezielte Tötungsversuche, wobei 14 Personen ums Leben kamen.

Irak/USA/Iran

Ereignisse zum Drohnenangriff auf General Qassem Soleimani

Am 27.12.19 kam es zu einem Raketenangriff – mutmaßlich durch die proiranische irakische Miliz Kata'eb Hizbollah (KH) – auf eine irakische Militärbasis, dabei wurden ein amerikanischer Auftragnehmer getötet und vier amerikanische und zwei irakische Soldaten verletzt. Bereits zuvor war es vermehrt zu Angriffen auf amerikanische Truppen und Ziele im Irak gekommen (vgl. BN v. 16.12.19). Am 29.12.19 führten die USA Vergeltungsschläge auf drei Einrichtungen der KH durch, dabei sollen mehrere KH-Kämpfer verletzt und getötet worden sein. Am 31.12.19 demonstrierten KH-Unterstützer und Anhänger der Volksmobilisierungsfront vor der amerikanischen Botschaft innerhalb der hochgesicherten Green Zone im Zentrum von Bagdad. Demonstranten stürmten dabei den Eingangsbereich der Botschaft und setzten diesen in Brand. Unklar ist, wie diese die Sicherheitskontrollen zur Green Zone passieren konnten.

Am 03.01.20 führten die USA einen Drohnenangriff durch, bei dem u.a. der iranische General Qassem Soleimani (Kommandeur der Quds-Einheit der iranischen Revolutionsgarde) und Abu Mahdi al-Muhandis (stellvertretender Anführer der irakischen Volksmobilisierungsfront) in der Nähe des internationalen Flughafens von Bagdad getötet wurden. Der Iran führte am 08.01.20 einen Vergeltungsschlag auf zwei irakische Militärbasen in der Provinz Anbar und in Erbil durch, dabei kam es zu materiellen Schäden. Es kommt seither immer wieder zu Raketenangriffen auf irakische Militärbasen, die amerikanische Truppen beherbergen, mutmaßlich durch proiranische irakische Milizen. Zuletzt wurden am 12.01.20 bei einem Angriff auf eine Militärbasis in Salah ad-Din vier irakische Soldaten verletzt; amerikanische Truppen befanden sich zu dem Zeitpunkt des Angriffs nicht in der Basis.

Auswirkungen der Spannungen zwischen Iran-USA auf die regierungskritischen Proteste

Die regierungskritischen Proteste halten seit dem 25.10.19 in weiten Teilen des Irak an. Die aktuelle Regierung steht nicht nur wegen Korruption und Misswirtschaft, sondern auch wegen der iranischen Einflussnahme auf die Innenpolitik in der Kritik. Seit den Wahlen 2018 sind Vertreter proiranischer Milizen in Form der Fatah-Allianz im Parlament vertreten. Seit Beginn der Proteste wurden u.a. General Qassem Soleimani und Abu Mahdi al-Muhandis öffentlich kritisiert. Soleimani war in den letzten Monaten mehrmals nach Bagdad gereist und soll maßgeblich hinter der gewaltsamen Antwort der Regierung auf die Proteste stehen (vgl. BN v. 02.12.19).

Iran

Erneute Demonstrationen

Bis zu 3.000 Menschen demonstrierten am 12.01.20 laut der Nachrichtenagentur ILNA auf dem Azadi-Platz in der Hauptstadt. Als ursächlich für die Demonstrationen wird die Vertuschung von Fakten zu dem Abschuss einer ukrainischen Linienmaschine am 08.01.20 seitens der iranischen Führung angesehen. Zunächst hatten die iranischen Behörden einen technischen Defekt für den Absturz verantwortlich gemacht. Erst am 11.01.20 räumte das Militär den versehentlichen Abschuss der Maschine ein. Den Berichten zufolge erhoben die Demonstranten Forderungen nach dem Rücktritt aller beteiligten Offiziellen. Polizei und Sicherheitskräfte in Zivil hatten bereits im Vorfeld der Demonstrationen die Zugänge zu den Universitäten, insbesondere zu dem Vorraum der Beheshti-Universität, abgeriegelt. Der Polizeipräsident Teherans gab hierzu an, dass die Sicherheitskräfte angewiesen seien, taktisch besonnen gegen die nicht genehmigten Demonstrationen, deren Teilnehmer überwiegend Studenten sein sollen, vorzugehen.

Festnahme von Journalisten

Die Organisation Reporter ohne Grenzen berichtete am 07.01.20 über die willkürliche Festnahme von vier iranischen Journalisten am 26.12.19. Die Journalisten wurden anlässlich einer Versammlung zum Gedenken an ein Opfer der Demonstrationen im November 2019 in der Stadt Sowme-e-Sara mit zahlreichen anderen

Teilnehmern festgenommen. Alle anderen inhaftierten Teilnehmer seien inzwischen wieder entlassen worden. Für die vier inhaftierten Journalisten Jelveh Javaheri, Kaveh Mzadari, Forough Sameinia und Ahmad Zahedi Langroudi sei eine Kaution von 100 Millionen Toman (ca. 28.000 Euro) festgelegt worden. Die Inhaftierung sei bisher noch nicht begründet worden und weder die Familienangehörigen noch Rechtsanwälte hätten die Inhaftierten im Lakan-Gefängnis in der Nähe von Rasht besuchen können.

Jemen

Zivilisten bei Angriff auf Markt getötet

Am 24.12.20 kam es zu einem Angriff auf den al-Raqw Markt im Distrikt Monabbih, Gouvernement Saadah. Dabei sollen 17 Zivilisten, unter ihnen zwölf äthiopische Migranten getötet und mindestens zwölf weitere Personen verletzt worden sein. Der Angriff war der dritte auf diesen Markt innerhalb von einem Monat. Insgesamt wurden etwa 90 Personen getötet oder verletzt.

Houthi-Rebellen entlassen Kriegsgefangene

Die Houthi-Rebellen haben am 08.01.20 sechs saudi-arabische Kriegsgefangene entlassen. Saudi-Arabien wiederum, das die jemenitische Regierung dabei unterstützt, die Houthi-Rebellen zu bekämpfen, entließ vor zwei Monaten mehr als 100 Rebellen. Laut der Nachrichtenagentur Associated Press signalisiert die Freilassung, dass beide Seiten ein von der UN vermitteltes Abkommen zur Beendigung des Krieges vorantreiben.

Angriff auf Militärparade

Bei einem Raketenangriff auf die Militärparade einer südlichen Separatistengruppe in der Hauptstadt des Gouvernements al-Dhali sollen mehrere Soldaten und Zivilisten getötet oder verletzt worden sein. Die Security Belt Forces, Teil des Southern Transitional Council und unterstützt von den VAE, haben die Houthis für den Angriff verantwortlich gemacht.

Kamerun

Parlament beschließt Sonderstatus für anglophone Regionen

Am 19.12.19 beschlossen beide Häuser des Parlaments einen Sonderstatus für die beiden anglophonen Konfliktregionen Südwest und Nordwest. Er sieht u.a. die Einrichtung von Versammlungen traditioneller Führer (chiefs), Regionalversammlungen und Regionalräte vor. Jede dieser Institutionen soll über gewählte Präsidenten, Vizepräsidenten, Sekretäre und Kontrolleure für das Management öffentlicher Angelegenheiten verfügen. Drei Kommissare sollen verantwortlich sein für die Angelegenheiten, die laut der Gesetzesvorlage der wirtschaftlichen, gesundheitlichen, sozialen, erzieherischen, sportlichen und kulturellen Entwicklung dienen. Den gewählten Bürgermeistern sollen mehr Kompetenzen übertragen werden, u.a. die Befugnis, Krankenhauspersonal und Lehrer einzustellen. Eine Beruhigung des Konflikts, in dem seit 2017 mindestens 3.000 Menschen getötet und über 500.000 vertrieben wurden, ist durch die Gewährung des Sonderstatus für die beiden anglophonen Regionen nicht zu erwarten. Von einem Teil der militanten Separatisten, die eine Abspaltung der beiden Regionen fordern, wurde der Sonderstatus bereits abgelehnt. Der Sprecher der größten im Parlament vertretenen Oppositionspartei Social Democratic Front (SDF), Denis Kemlemo, kritisierte, dass der Sonderstatus den anglophonen Regionen weder eine Gesetzgebungskompetenz noch eine finanzielle Autonomie gewähre. Die Abgeordneten der SDF im Unterhaus, die ihre Basis in den anglophonen Regionen hat, nahmen an der Abstimmung nicht teil oder stimmten gegen den Gesetzesentwurf.

Kasachstan

Festnahmen bei Protesten gegen Regierung

In der größten Stadt des Landes, Almaty, und der Hauptstadt Nur-Sultan kam es am 16.12.19 zu Demonstrationen für politische Reformen, Freiheitsrechte, die Freilassung politischer Gefangener und das Ende der politischen Einflussnahme des ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew. U.a. beteiligten sich Aktivisten der Jugendbewegung Oyan, Kasachstan (übersetzt: Wache auf, Kasachstan) an den Protesten. Die

Polizei nahm in der Hauptstadt mehr als 50 Personen fest, in Almaty ca. 40 Personen. Dutzende Oppositions- und Menschenrechtsaktivisten wurden im Zusammenhang mit den Protesten inhaftiert.

Kenia

Mehrere Tote bei Anschlägen der al-Shabaab

Bei einer Reihe von Anschlägen der radikalislamistischen Terrorgruppe al-Shabaab sind seit Beginn 2020 im Osten des Landes mehrere Menschen getötet worden. Am 07.01.20 wurden vier Schüler erschossen, als die Miliz den Schlafsaal einer Schule in der Provinz Garissa an der Grenze zu Somalia attackierte. Am selben Tag griff ein al-Shabaab-Kommando einen Telekommunikationsmast in der Nähe von Dadaab an. Sicherheitskräfte, die den Angriff abwehrten, erschossen nach Angaben der örtlichen Polizei zwei der Angreifer. Sechs Tote forderte ein Angriff der al-Shabaab auf einen Kontrollpunkt in der Nähe des Dorfes Saretho. Unter den Opfern sind vier Zivilisten und zwei der Angreifer.

Mitarbeiter des US-Militärs bei Angriff der al-Shabaab getötet

Am 05.01.20 sind bei einem Angriff der al-Shabaab auf den Flugplatz Manda Bay nahe der kenianischen Insel Lamu ein US-Soldat und zwei private Mitarbeiter des amerikanischen Militärs getötet und zwei weitere Soldaten verletzt worden. Auch mehrere US-Flugzeuge wurden zerstört. Das US-Militär bildet auf dem Stützpunkt Sicherheitskräfte ostafrikanischer Staaten aus und fliegt in Somalia auch immer wieder Luftangriffe auf die al-Shabaab.

Tote bei Anschlägen auf Überlandbusse

Bereits drei Tage zuvor war es in derselben Region zu zwei Anschlägen auf Überlandbusse gekommen. Dabei starben vier Passagiere. Der Busverkehr wurde nach den Attacken vorübergehend eingestellt. Verantwortlich für den Angriff waren ebenfalls Mitglieder der al-Shabaab.

Kenia ist wegen seiner Unterstützung der AMISOM-Mission der Afrikanischen Union beim Kampf gegen die Islamisten in Somalia immer wieder Ziel von Anschlägen der al-Shabaab.

Kirgisistan

Demonstration für Rede-, Pressefreiheit und Korruptionsbekämpfung

Hunderte Menschen versammelten sich am 18.12.19 in der Hauptstadt Bischkek bei einer Demonstration, auf der Teilnehmer die Regierung aufforderten, Rede- und Pressefreiheit zu gewährleisten sowie Untersuchungen im Hinblick auf Korruption in der Zollbehörde zu veranlassen. Berichte über großangelegte Korruption im Zolldienst hatten zuvor für öffentliche Empörung und Proteste gesorgt.

Kirgisistan/Tadschikistan

Schusswechsel an kirgisch-tadschikischer Grenze

An der kirgisch-tadschikischen Grenze wurden am 10.01.20 erneut Schüsse abgegeben. Nach Angaben des kirgischen Grenzschutzdienstes kamen die Schüsse von tadschikischem Territorium. Kirgische Behörden evakuierten angesichts des Vorfalls nach eigenen Angaben 254 kirgische Staatsangehörige aus dem grenznahen Dorf Damkha. Der tadschikische Grenzschutzdienst machte Bewohner des kirgischen Grenzdorfes Kok-Tash für die Schüsse verantwortlich. Im südlichen Teil des Gebiets Batken war es bereits 2019 zu mindestens zehn Auseinandersetzungen im Grenzgebiet gekommen. Am 18.12.19 waren dabei sechs Kirgisen und drei Tadschiken verwundet worden. Das Grenzgebiet ist zwischen beiden Staaten umstritten.

Libyen

Angriff auf Militärschule

Bei einem Angriff auf eine Militärschule in Tripolis am 05.01.20 kamen laut Behördenangaben mindestens 28 Menschen ums Leben, Dutzende seien verletzt worden. Für den Angriff werden die Truppen von General Chalifa Haftar verantwortlich gemacht.

Abbruch der Waffenruhe

Eine von Russland und der Türkei vermittelte Waffenruhe ab dem 12.01.20 soll sofort wieder gebrochen worden sein. Die Konfliktparteien beschuldigen sich gegenseitig; die von den Vereinten Nationen anerkannte Regierung in Tripolis sprach von Gewehrfeuer unmittelbar nach Mitternacht, als die Waffenruhe eigentlich in Kraft treten sollte. Ein Kommandeur der sogenannten Libyschen Nationalarmee unter Führung von General Chalifa Haftar erklärte wiederum, „Milizen“ der Regierung in Tripolis hätten gegen die Feuerpause „an verschiedenen Fronten mit verschiedenen Arten von Waffen verstoßen“. Die beiden Konfliktparteien werden Medienberichten zufolge nun in Moskau erwartet, um das bereits in Kraft getretene Abkommen zu unterzeichnen.

Mali

Verletzte bei Angriff auf Militärstützpunkt

Bei einem Raketenangriff am 09.01.20 auf den Militärstützpunkt Tessalit im Norden der Region Kidal, der von UN-Blauhelmsoldaten und französischen und malischen Streitkräften genutzt wird, sind mindestens 18 UN-Blauhelmsoldaten und zwei Zivilisten verletzt worden.

Tötung von malischen Soldaten

Am 06.01.20 wurden fünf malische Soldaten getötet, als ein Militärkonvoi in der Nähe von Alatona (Region Ségou) nahe der mauretanischen Grenze, von einem Sprengsatz getroffen worden war. Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

33 Dschihadisten getötet

Am 21.12.19 sollen französische Soldaten bei einem Militäreinsatz 33 Dschihadisten getötet haben. Der Einsatz fand in der Region Mopti (Zentralmali) nahe der Grenze zu Mauretanien statt. Bei dieser Aktion sollen auch zwei malische Polizisten, die zuvor als Geiseln genommen worden waren, befreit worden sein.

Marokko

Gefängnisstrafe für Aktivisten

Am 09.01.2020 wurde der Aktivist Abdel Bahmad, bekannt als Bouda Ghassan, zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 10.000 marokkanischen Dirham verurteilt. Das ehemalige Mitglied der Nationalen Studentenvereinigung Marokkos (UNEM) wurde wegen Beleidigung der Flagge und Verletzung der territorialen Integrität angeklagt. Er hatte den Hirak-Marsch in Paris im Oktober 2019 auf Facebook kommentiert. Dabei schrieb er, dass er „es sich nicht leisten konnte Streichhölzer zu kaufen, um die marokkanische Flagge zu verbrennen, während er zugleich hungrig wäre“.

Montenegro

Parlament verabschiedet Religionsgesetz

Das montenegrinische Parlament hat am 27.12.19 ein kontrovers diskutiertes Gesetz verabschiedet, das nach Einschätzung der serbisch-orthodoxen Kirche dazu führen könnte, Kircheneigentum zu entziehen. Proserbische Oppositionsparteien sind in Montenegro die schärfsten Kritiker des sogenannten Religionsfreiheitsgesetzes, das am Folgetag vom montenegrinischen Präsidenten unterzeichnet wurde. Das Gesetz, das am 26. und 27.12.19 landesweite Proteste und Straßensperren auslöste, enthält ein Register aller religiösen Gegenstände und Immobilien, von denen die Behörden behaupten, dass sie dem unabhängigen

Königreich Montenegro gehörten, bevor es im Jahr 1918 Teil des serbisch dominierten Königreichs der Serben und Kroaten und Slowenen wurde, das spätere Jugoslawien. Nach dem Gesetz müssen Religionsgemeinschaften eindeutige Eigentumsnachweise erbringen, um ihr Eigentum zu behalten.

Nepal/China

Ausweisung von Chinesen

Am 08.01.20 hat Nepal 122 Chinesen ausgewiesen. Von offizieller Seite hieß es, die Betroffenen seien mit Touristenvisa eingereist, hätten „dann aber Wohnungen und Häuser angemietet und seien anderen Aktivitäten nachgegangen“. Die acht Frauen und 114 Männer waren vor gut zwei Wochen in Vororten der Hauptstadt Kathmandu festgenommen worden. Die Polizei hatte seinerzeit mehr als 500 Laptops sowie Handys beschlagnahmt. Die Zeitung "The Kathmandu Post" berichtete damals, die Polizei vermute, dass die Verdächtigen das Internet in Nepal für Wirtschaftsdelikte in China genutzt hätten.

Menschenrechtler in Nepal kritisierten die Regierung, weil Untersuchungen zu den Delikten nicht erfolgt seien. Nepal und China haben kein Auslieferungsabkommen, aber seit Oktober 2019 eine gemeinsame Erklärung zur Bekämpfung von Kriminalität.

Nicaragua

Freilassung von Gefangenen

Zum Jahresende ließ die Regierung 91 Gefangene unter Auflagen frei, die im Zusammenhang mit Protesten 2018 festgenommen worden waren. Sie erfüllt damit eine Forderung der Opposition. Bis Juni 2019 wurden bereits 620 Häftlinge freigelassen worden.

Ausgehend von Protesten gegen eine Reform der Sozialversicherung begann im April 2018 eine Spirale aus Repression und immer weiteren Protesten gegen die Regierung. Der Gewalt fielen mehrere Hundert Menschen zum Opfer, weitere Hunderte wurden festgenommen.

Niger

Angriff auf Militärcamp

Am 09.01.20 wurden bei einem Angriff von Dschihadisten auf einen Armeeposten nahe dem Ort Chingodiar, etwa 200 km nördlich der Hauptstadt Niamey an der Grenze zu Mali 89 Soldaten getötet. Nach Angaben von Regierungssprecher Zakaria Abdourahame wurden 77 Angreifer getötet. Nach Auskunft der Militärbehörde des Landes fuhren Unbekannte mit Motorrädern und Autos auf die Basis und eröffneten das Feuer. Mit Unterstützung der nigrischen Luftstreitkräfte und Partner hätten die Militärs Gegenschläge ausgeführt. Daraufhin begannen die Militärs mit der Räumung des Gebietes. Der Angriff ist die bislang schwerste Attacke auf nigrische Sicherheitskräfte seit dem Beginn der islamistisch motivierten Gewalt im Land im Jahr 2015. Die Regierung rief eine dreitägige Staatstrauer aus.

Nigeria

Angriff des ISWAP auf Monguno

Am 07.01.20 attackierten Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Islamic State in West Africa Province (ISWAP) mit mehreren Fahrzeugen die im Gebiet des Tschadsees gelegene Garnisonsstadt Monguno. Hierbei sollen je nach Erkenntnisquelle zwischen drei und 20 Soldaten getötet worden sein. Eine Granate, die in das bei der Stadt gelegene große Lager für Binnenflüchtlinge einschlug, setzte mehrere hundert Zelte in Brand. Der Angriff erfolgte nur drei Tage nachdem der Tschad 1.200 in der Region, davon mehrere hundert in Monguno, stationierte Soldaten über die Grenze abgezogen und damit eine neun Monate dauernde Mission zur Bekämpfung der Boko Haram beendet hatte.

Hinrichtung von elf Geiseln durch den ISWAP

Am 26.12.19 veröffentlichte ISWAP einen 56 Sekunden dauernden Videoclip durch ihre „Nachrichtenagentur“ Amaq. In diesem werden zehn Männern die Kehlen durchgeschnitten (nach anderen Berichten werden sie enthauptet) und ein weiterer wird erschossen. Ein Sprecher in dem Clip behauptet, dass die Hingerichteten Christen seien und deren Tötung aus Vergeltung für die im Oktober 2019 durch die USA erfolgte Tötung des IS-Anführers Baghdadi und seines Sprechers vorgenommen worden sei. Die Tötung der angeblich in den vergangenen Wochen in der Provinz Borno entführten Personen sei eine Botschaft an die Christen.

Oppositioneller Sowore gegen Kaution aus Haft entlassen

Am Abend des 24.12.19 wurden Omoyele Sowore (Menschenrechtsaktivist, Gründer des Online Nachrichtenportals Sahara Reporters und Präsidentschaftskandidat der Partei AAC - African Action Congress - bei der Wahl im Februar 2019) sowie Sambo Dasuki (von 2012 bis 2015 Nationaler Sicherheitsberater des früheren Staatspräsidenten Goodluck Jonathan) auf Anordnung des Bundesgeneralstaatsanwalts Abubakar Malami gegen Kaution aus der Haft entlassen. Sowore war am 03.08.19 vom Inlandsgeheimdienst DSS verhaftet worden, nachdem er unter dem Hashtag #RevolutionNow für den 05.08.19 landesweit zu Protestdemonstrationen gegen die Regierung aufgerufen und u.a. die Präsidentschaftswahl von Februar 2019 als nicht glaubwürdig bezeichnet hatte. Am 20.09.19 hatte die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Sowore in sieben Punkten, darunter Landesverrat, Geldunterschlagung und Cyberstalking gegenüber Staatspräsident Buhari erhoben. Dasuki war im Dezember 2015 vom SSS (frühere Bezeichnung des Inlandsgeheimdienstes) wegen des Vorwurfes öffentliche Gelder in Höhe von 2,1 Milliarden US-Dollar, die für die Bekämpfung der islamistischen Terrororganisation Boko Haram vorgesehen waren, abgezweigt zu haben. Sowohl hinsichtlich Sowore wie auch Dasuki ergingen in der Vergangenheit Anordnungen verschiedener Gerichte die beiden Angeklagten auf Kaution freizulassen. Diese, wurden jedoch vom Inlandsgeheimdienst nicht befolgt. Sowore war am 05.12.19 freigelassen worden, jedoch am Folgetag im Gerichtssaal erneut festgenommen worden (vgl. BN v. 09.12.19).

Nigeria/Kamerun

Tote bei Explosion auf Grenzbrücke

Am 06.01.20 explodierte auf der nigerianischen Seite der Grenzbrücke EL Beid, die die nigerianische Stadt Gamboru (Bundesstaat Borno) mit der kamerunischen Stadt Fotokol (Region Extrême-Nord) verbindet, eine Bombe. Hierbei sollen mindestens neun nigerianische Staatsangehörige getötet sowie 21 Nigerianer und fünf Kameruner verletzt worden sein. Laut kamerunischen Angaben soll ein Kind auf der Suche nach Altmetall den Sprengsatz in einem Behälter auf der Brücke gefunden haben. Laut nigerianischen Angaben wird vermutet, dass sich ein Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt habe.

Pakistan

Todesstrafe für ehemaligen Präsidenten Musharraf

Am 17.12.19 verkündete ein Sondergericht in der Hauptstadt Islamabad ein Todesurteil wegen Hochverrats gegen den ehemaligen pakistanischen Präsidenten General Pervez Musharraf für die Verhängung des Ausnahmezustands im November 2007, als die Verfassung außer Kraft gesetzt, das Parlament aufgelöst und Richter entlassen worden waren. In diese Zeit fällt auch das Attentat auf die zweimalige Premierministerin und damalige Oppositionsführerin der Pakistanischen Volkspartei (PPP), Benazir Bhutto.

Nach einem Militärputsch im Oktober 1999 setzte Musharraf den seinerzeit amtierenden Premier Nawaz Sharif von der Pakistanischen Muslimliga (PML-N) ab und war von 2001 Präsident Pakistans bis er im August 2008 zurücktrat und ins Exil ging. Nach seiner Rückkehr im Jahr 2013 wurden unter dem erneut amtierenden Premier Sharif mehrere Prozesse gegen ihn angestrengt sowie ein Ausreiseverbot verhängt. Nach dessen Aufhebung 2016 reiste Musharraf zur medizinischen Behandlung nach Dubai. In einer von dort gesendeten Videobotschaft wies er die Vorwürfe zurück. Auch Regierung und Militär kritisierten das Urteil.

Todesstrafe für Universitätsprofessor wegen Blasphemie

Am 21.12.19 erging ein Todesurteil gegen einen Universitätsprofessor aus Multan (Punjab) wegen Gotteslästerung. Dieser war 2013 festgenommen worden, da er blasphemische Inhalte in sozialen Medien verbreitet haben soll. Die in den 1980er Jahren eingeführten Blasphemiegesetze sehen für Beleidigungen des Islam oder des Propheten Mohammed als Höchststrafe die Todesstrafe vor. Seit Jahren wird der Missbrauch der Gesetze kritisiert, da sich die Anschuldigungen häufig gegen religiöse Minderheiten richten oder im Zusammenhang mit persönlichen Streitigkeiten vorgebracht werden.

Anschläge in Quetta

Am 07.01.20 starben infolge der Detonation einer an einem Motorrad angebrachten und per Fernzündung ausgelösten Sprengladung auf einem Marktplatz in Quetta, Hauptstadt der Provinz Belutschistan (Balochistan), zwei Sicherheitskräfte. Mindestens 14 Menschen wurden verletzt. In der Provinz aktive Separatisten bekannten sich zum Anschlag.

Am 10.01.20 ereignete sich während des Freitagsgebets in einer Moschee in Quetta eine Bombenexplosion. 14 Menschen kamen ums Leben, über 20 wurden verletzt. Unter den Getöteten befand sich ein ranghöherer Polizist, dem das Attentat gegolten haben soll. Zum Anschlag bekannte sich niemand.

Russische Föderation

Zeuge Jehovas zu Gefängnisstrafe verurteilt

Ein Gericht in der Stadt Pensa verurteilte den Zeugen Jehovas Vladimir Alushkin am 13.12.19 zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe. Nach Angaben der Vereinigung der Zeugen Jehovas befand ihn das Gericht der extremistischen Betätigung für schuldig. Gegen seine Ehefrau und vier weitere Mitglieder der religiösen Gruppierung wurden zweijährige Bewährungsstrafen ausgesprochen. Das Oberste Gericht hatte die Organisation der Zeugen Jehovas im April 2017 als extremistisch eingestuft und verboten.

Gesetzesänderung ermöglicht hohe Geldstrafen bei Verstößen gegen Agentengesetz

Präsident Putin unterzeichnete am 16.12.19 Gesetzesänderungen, auf deren Grundlage Organisationen als auch Einzelpersonen bei Verstößen gegen die Gesetze über ausländische Agenten mit hohen Geldstrafen belegt werden können. Organisationen müssen demnach beim ersten Verstoß umgerechnet bis zu 14.731 EUR zahlen. Bei weiteren Verstößen sind Strafzahlungen bis zu umgerechnet 73.653 EUR fällig. Einzelpersonen droht bei mehr als zwei Verstößen in zwölf Monaten eine Geldstrafe bis zu umgerechnet 147 EUR, bei wiederholten Verstößen bis zu umgerechnet 1.473 EUR oder 15 Tage Haft.

Im Zuge eines Gesetzes von 2012 werden Organisationen, die aus dem Ausland Unterstützung erhalten, als ausländische Agenten registriert und mit Auflagen versehen. Erst zwei Wochen vor der o.g. Gesetzesänderung hatte Putin die Registrierung von einzelnen Journalisten als ausländische Agenten ermöglicht (vgl. BN v. 09.12.19).

Geldstrafe gegen Menschenrechtsorganisation Memorial

Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial bekam am 25.12.19 von einem Moskauer Gericht eine Geldstrafe von umgerechnet 4.419 EUR auferlegt, da diese eine ihrer Internetseiten nicht entsprechend des Ausländische-Agenten-Gesetzes (s. den vorigen Artikel) mit dem Emblem ausländischer Agent gekennzeichnet habe. Dabei handelte es sich für Memorial um die 19. auf diesem Gesetz beruhende Geldstrafe. Mit derselben Begründung erhielt der Leiter der Organisation eine Geldstrafe von umgerechnet 1.473 EUR.

Polizisten nach Folterung einer Frau zu Haftstrafen verurteilt

Drei Polizisten wurden gerichtlich des Machtmissbrauchs für schuldig befunden, nachdem diese eine Frau u.a. mit Elektroschocks misshandelt und schließlich erstickt hatten, um von ihr ein Geständnis zu erzwingen. Nach staatsanwaltschaftlichen Angaben vom 18.12.19 verurteilte ein Gericht im fernöstlichen Juschno-Sachalinsk die Polizisten zu drei bzw. vier Jahren und drei Monaten bzw. viereinhalb Jahren Haft. Polizeigewalt ist im Land verbreitet.

Verurteilungen nach Demonstration für freie Wahlen

Ein Moskauer Gericht verurteilte am 24.12.19 einen russischen Mann zu zweieinhalb Jahren Strafkolonie, weil dieser bei der nicht genehmigten Demonstration für freie Wahlen am 27.07.19 in Moskau einen Polizisten

angegriffen habe. Im Kontext derselben Demonstration wurde ein weiterer Mann von einem anderen Moskauer Gericht am selben Tag unter Anrechnung seiner über dreimonatigen Untersuchungshaft mit einer Geldstrafe von umgerechnet 1.473 EUR versehen, da er versucht habe, Polizisten anzugreifen. Der Mann war die letzte noch in Untersuchungshaft befindliche Person, die im Rahmen der o. g. Demonstration festgenommen worden war. Bei der Demonstration, an der mehrere tausend Menschen teilgenommen hatten, war die Polizei mit großer Härte gegen Demonstranten vorgegangen und hatte 1372 Personen festgenommen. Im Hinblick auf die Demonstrationen im Sommer 2019 für freie Wahlen sprachen Gerichte bislang elf Haftstrafen von einem bis zu fünfeinhalb Jahren aus.

Anschlag auf Polizisten in Inguschetien

Bei einem Anschlag mit einem Auto und Messern auf Polizisten in der inguschischen Hauptstadt Magas wurde am 31.12.19 ein Polizist getötet. Behördlichen Angaben zufolge wurden drei weitere Polizisten bei dem Vorfall verwundet. Einer der beiden Angreifer wurde getötet, während der andere sich verwundet im Krankenhaus befindet. Die IS erklärte sich verantwortlich für den Anschlag. Islamistische Attacken auf Behördenmitarbeiter kommen im Nordkaukasus seit Jahren immer wieder vor.

Serbien

Proteste gegen das montenegrinische Religionsgesetz

In Belgrad demonstrierten am 02.01.20 und 08.01.20 Anhänger der serbisch-orthodoxen Kirche gegen das am 27.12.19 verabschiedete montenegrinische Religionsgesetz. Den Protesten hatten sich am 02.01.20 tausende Ultranationalisten angeschlossen und versucht, vor der montenegrinischen Botschaft deren Flagge zu verbrennen.

Somalia

Mehrere Angriffe

Am 21.12.19 wurde eine Autobombe vor dem Global Hotel in Galkayo in der Region Mudug gezündet, in dem sich Militärbeamte befanden. Es wird von sechs Toten und zehn Verletzten berichtet. Derartige Angriffe finden in der Hauptstadt der Region Mudug verhältnismäßig selten statt. Keine Gruppe hat die Verantwortung für den Vorfall übernommen, allerdings führt al-Shabaab regelmäßig Angriffe auf Hotels durch.

Am 28.12.19 explodiert eine Autobombe an einem vielbefahrenen Checkpoint in Mogadischu. Etwa 90 Personen sollen getötet und mindestens 125 Personen verletzt worden sein. Viele Betroffene waren Studenten, die nach dem Wochenende in die Stadt zurückkehrten. Die Terrorgruppe al-Shabaab hat die Verantwortung für den Angriff übernommen und verkündet, dass dieser auf einen feindlichen Konvoi der Türken abzielte. Hunderte Personen, inklusive Regierungsvertretern, versammelten sich am 02.01.20 in Mogadischu, um Solidarität mit den Opfern und Angehörigen zu zeigen. Der Angriff ist der größte in Mogadischu seit dem Lastwagenangriff in 2017, bei dem mehrere hundert Personen getötet worden waren.

Am 08.01.20 explodierte eine Autobombe der al-Shabaab bei einem Checkpoint in der Nähe des Präsidentenpalastes und anderer wichtiger Regierungsgebäude in Mogadischu. Mehrere Personen wurden getötet oder verletzt - darunter auch zwei Regierungsvertreter.

Sudan

Tote bei Kämpfen in Darfur

Bei Kämpfen zwischen arabischen und afrikanischen Stämmen sollen mehr als 50 Menschen getötet und über 60 verletzt worden sein. Ausgebrochen waren die Kämpfe am 29.12.19 in der Stadt El Geneina, der Hauptstadt des Bundestaates West-Darfur. Auch Lager für Binnenvertriebene sollen angegriffen und Zelte und Häuser in Brand gesetzt worden sein. Mehrere tausend Menschen sollen vertrieben worden sein.

Nach Angaben der Hilfsorganisation Roter Halbmond ist ein Lazarettflugzeug, das Verletzte in die Hauptstadt Khartum fliegen sollte, am 01.01.20 kurz nach dem Start vom Flughafen der Stadt El Geneina abgestürzt. Alle 18 Insassen starben.

Der sudanesischer Premierminister Abdalla Hamdok reiste mit weiteren Mitgliedern des Souveränen Rates in die Region.

Syrien

Offensive im Süden Idlib löst weitere Fluchtbewegungen aus

Die UN haben zwischen dem 01.12.19 und dem 08.01.20 mehr als 312.000 Personen aus dem Nordwesten des Landes in und um die Provinz Idlib dokumentiert, welche ihre Häuser verlassen haben sollen und zum überwiegenden Teil nach Norden in Richtung türkischer Grenze geflohen sind. Der Anteil an Frauen und Kindern wird auf 80 % geschätzt. Maarat an-Numan und seine Umgebung sollen geradezu menschenverlassen sein.

Zehntausende sollen auch in die von der Türkei besetzten Gebiete um Afrin und Azaz geflohen sein.

Idlib: Waffenruhe zögerlich umgesetzt

Am 10.01.20 verkündeten russische Staatsmedien, dass am 09.01.20 eine neue Waffenruhe für die Provinz Idlib in Kraft getreten war, welche durch Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei erzielt werden konnte. Doch weniger als 24 Stunden nach Inkrafttreten kam es bereits wieder zu schweren Kämpfen zwischen den Rebellen und Truppen der syrischen Regierung. Am 11.01.20 sollen an verschiedenen Orten in Idlib mindestens 17 Personen getötet und mehr als 40 verletzt worden sein. Oppositionsnahen Beobachtern und Augenzeugen zufolge waren Luftschläge in der Provinzhauptstadt Idlib sowie den umliegenden Orten an-Nerab und Binnish ursächlich.

Am 12.01.20 sollen die Luftschläge der syrischen Regierung beendet worden sein. Das türkische Verteidigungsministerium bestätigte die weitgehende Einhaltung der Waffenruhe. Rebellenangaben zufolge ließ die syrische Regierung stattdessen Flugblätter über Wohngebieten nahe der Frontlinie abwerfen, in denen die Zivilbevölkerung dazu aufgerufen wird, die Rebellengebiete zu verlassen.

Proteste in Daraa, Anschlag in Rif Dimashq

Der in den USA ansässige Thinktank Institute for the Study of War (ISW) berichtete über gewalttätige Proteste gegen die Assad-Regierung in der Ortschaft Musaykah in Daraa, sowie einen tödlichen Anschlag auf einen Checkpoint in Telfita (etwa 20 km nördlich von Damaskus) mit bis zu vier Toten am 01.01.20. Zu dem Anschlag soll sich die Rebellengruppe Saraya Qasioun bekannt haben.

Nordosten: Vier türkische Soldaten bei Anschlag getötet

Bei einem Autobombenanschlag am 09.01.20 im türkisch besetzten Nordosten des Landes kamen vier Angehörige des türkischen Militärs ums Leben. Das türkische Verteidigungsministerium benannte diesmal keine Tatverantwortlichen.

UN-Hilfe nur noch über türkische Grenze

Am 10.01.20 stimmte der UN-Sicherheitsrat für eine sechsmonatige Verlängerung der humanitären Hilfe für Syrien. Dabei handelte es sich um die letzte Chance, eine Nichtverlängerung der Hilfsleistungen abzuwenden, nachdem Russland eine einfache Verlängerung der bisherigen Bestimmungen bereits im Vormonat mit einem Veto blockiert hatte.

UN-Hilfen werden nunmehr nur noch über zwei Grenzübergänge mit der Türkei je nach Nordwest- und Nordostsyrien gelangen und nicht mehr wie bisher auch über die irakische und die jordanische Grenze, wo die Hilfsgüter auch Syrer in anderen Teilen des Landes erreicht hatten. Russland argumentierte, diese würden nun Hilfe durch die syrische Zentralregierung erwarten können.

China und Russland enthielten sich in der Abstimmung, die USA und Großbritannien blieben aus Protest der Abstimmung fern. Alle übrigen elf Sicherheitsratsmitglieder stimmten für die abgemilderte Resolution.

Tadschikistan

Bericht über Inhaftierung mutmaßlicher Muslimbrüder

Die Rundfunkanstalt Radio Free Europe/Radio Liberty berichtete am 07. und 09.01.20, dass sie aus tadschikischen Sicherheitskreisen über die Inhaftierung von mindestens 27 mutmaßlichen Mitgliedern der seit 2006 als extremistisch verbotenen Muslimbrüderschaft informiert worden sei. Demnach hätten die Behörden in der Woche des Jahreswechsels 2019/20 in der Hauptstadt Duschanbe sowie den Provinzen Sughd und Chatlon dutzende Razzien gegen eine mutmaßliche Zelle der Organisation durchgeführt und die Personen dabei festgenommen. Ein Sprecher des Innenministeriums bestritt am 07.01.20 diese Festnahmen. 2016 waren in der Provinz Sughd ca. 20 Imame unter den Vorwürfen, Mitglieder der Vereinigung zu sein, deren Ideologie zu verbreiten und Geld aus dem Ausland zu erhalten, inhaftiert worden.

Gefängnisstrafen gegen Polizisten nach Foltervorwürfen

Ein tadschikisches Gericht verurteilte den stellvertretenden Leiter der Kriminalpolizei der Hauptstadt Duschanbe am 16.12.19 zu 17 Jahren Gefängnis; drei ihm untergebene Polizisten erhielten Haftstrafen zwischen sieben und neun Jahren. Alle vier Personen befand das Gericht für schuldig, einen Mann unter dem Vorwurf des illegalen Drogenbesitzes gefoltert zu haben. Tadschikische Behörden hatten Ermittlungen eingeleitet, nachdem das mutmaßliche Opfer gegenüber der Rundfunkanstalt Radio Free Europe/Radio Liberty Foltervorwürfe gegen die Polizei erhoben hatte. Menschenrechtsgruppen halten der Polizei des Landes vor, Folter zur Erpressung von Geständnissen einzusetzen.

Türkei

Truppenentsendung nach Libyen

Die Türkei begann am 05.01.20 mit der Entsendung von Soldaten nach Libyen, nachdem das türkische Parlament am 02.01.20 dafür gestimmt hatte. Damit erhielt Präsident Erdoğan die Erlaubnis für eine zunächst einjährige Militärintervention in Libyen, um die international anerkannte Regierung unter Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch in Tripolis zu stützen, die sich einen Machtkampf mit dem einflussreichen General Chalifa Haftar liefert. Die libysche Regierung hatte die türkische Unterstützung offiziell erbeten. Wie viele Soldaten und welche Art Truppen geschickt werden, blieb zunächst unklar.

Urteil zur Wikipedia-Blockade

Am 26.12.19 erklärte das türkische Verfassungsgericht die von der Regierung angeordnete Sperre von Wikipedia in der Türkei seit April 2017 für rechtswidrig. Die Blockade verstoße nach Ansicht des Gerichts gegen die Meinungsfreiheit. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu erging das Urteil mit zehn gegen sechs Stimmen der Richter. Als Begründung für die Sperrung war angegeben worden, auf der Website würde fälschlicherweise behauptet, die Türkei unterstütze Terrororganisationen.

Razzien gegen IS-Anhänger

Am 30.12.19 wurden nach Berichten der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu bei landesweiten Razzien fast 150 mutmaßliche IS-Anhänger festgenommen. Dabei soll es sich hauptsächlich um Verdächtige aus dem Irak und Syrien handeln. Die Polizei beschlagnahmte dabei auch Waffen, Munition sowie elektronische Geräte. Bereits in der vorausgegangenen Woche seien bei einem Großeinsatz in Istanbul 20 mutmaßliche IS-Anhänger festgenommen worden.

Ukraine

Gefangenenaustausch

Wie auf dem Ukraine-Gipfeltreffen in Paris am 09.12.19 vereinbart, haben die Ukraine und die ostukrainischen Separatisten am 29.12.19 200 Gefangene ausgetauscht. Es handelte sich um den ersten Gefangenenaustausch seit 2017. Zu den von der Ukraine Freigelassenen gehörten auch fünf mutmaßliche Schützen vom Maidan, die im Jahre 2014 zur Sondertruppe Berkut gehört hatten. Einen Tag vor dem Austausch wurde der Prozess gegen sie überraschend eingestellt. Außerdem sollen einige bereits verurteilte Terroristen unter den Gefangenen gewesen sein, die die Ukraine an die Separatisten übergab. Die Freilassung der fünf Angehörigen der Berkut-

Sondertruppe war in der Ukraine nicht unumstritten, da es sich bei diesen Personen um mutmaßliche Todesschützen gehandelt haben soll. Es gab Proteste vor dem Kiewer Untersuchungsgefängnis gegen deren Freilassung. Nach Angaben des Büros des ukrainischen Präsidenten planen die Ukraine und Russland einen weiteren Gefangenen austausch. Der russische Präsident Putin und der ukrainische Präsident hätten eine schnelle Einigung über Listen für die Freilassung von Ukrainern auf der Krim und in Russland sowie in der Ukraine festgehaltenen Russen erzielt, hieß es aus dem Büro Selenskis.

Vietnam

Tote bei Streit um Landbesitz

Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen um Landbesitz zwischen der Polizei und Dorfbewohnern wurden am 09.01.20 in der Nähe der Hauptstadt Hanoi vier Personen, darunter drei Polizisten, getötet. Bauern der Gemeinde Dong Tam nutzen das von einem Flughafen des Militärs beanspruchte Land und werfen dem Militär vor, es illegal in Besitz genommen zu haben. Der seit Jahren bestehende Konflikt soll aktuell eskaliert sein, als Behörden versuchten, einen Einfassungszaun um das Gelände zu errichten.

In Vietnam ist alles Land Eigentum des Staates. Häufig kommt es zu Konflikten mit Inhabern von Landnutzungsrechten, wenn staatliche Stellen Immobilien für lukrative Großprojekte beschlagnahmen oder Betroffene zu geringe Entschädigungen bemängeln.

Weißrussland

Proteste gegen eine engere Integration Weißrussland mit Russland

Am Wochenende vom 20.12.19 bis 22.12.19 kam es in Minsk zu Protesten nachdem der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko und der russische Präsident Wladimir Putin am 20.12.19 neue Integrationsverträge für die beiden Länder unterzeichnet hatten. Die mehr als 1.500 Demonstranten sprachen sich gegen eine engere Integration Weißrusslands und der Russischen Föderation aus. Es kam zu keinen Verhaftungen während der Demonstrationen, jedoch waren bereits im Vorfeld der Proteste mindestens zwei oppositionelle Aktivisten festgenommen worden.

Seit der 1999 gegründeten Staatenunion (Union Russland-Belarus) pflegen die beiden Staaten eine enge Kooperation im Bereich der wissenschaftlich-technischen, der wirtschaftlichen und der militärischen Zusammenarbeit. Durch die verbilligten Gas- und Öllieferungen ist Weißrussland von Russland wirtschaftlich abhängig, was in der Vergangenheit immer wieder zu handelspolitischen Konflikten zwischen beiden Staaten geführt hatte.

Todesurteil vollstreckt

Medienangaben zufolge wurde am 17.12.19 das Todesurteil an Alexander Asipovich vollstreckt. Im Januar 2019 war Asipovich wegen des Mordes an zwei Frauen in Baruysk zum Tode verurteilt worden. 2019 sollen mindestens vier Personen in Weißrussland hingerichtet worden sein.

Als einziges Land in Europa verhängt und vollstreckt Weißrussland noch immer die Todesstrafe. Exakte Zahlen zu den vollstreckten Todesurteilen gibt es nicht. Menschenrechtsorganisationen zufolge sollen seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991 etwa 400 Personen hingerichtet worden sein. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichteten im Jahr 2018 von vier Hinrichtungen.